



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Warum noch immer keine EU-Gegner im Parlament vertreten sein werden.

Wahlantritt der ÖXIT-Plattform verhindert!

Trotz des überfallsartig angesetzten Nationalratswahltermins setzten wir von der „Initiative Heimat & Umwelt“ IHU alles daran, um endlich auch eine Vertretung der EU-Gegner im österreichischen Parlament unter dem Namen

**ÖXIT-Plattform
für Heimat & Umwelt,
Neutralität und
Direkte Demokratie**

zustandezubringen. Es waren Monate intensivster Arbeit unter großem Zeitdruck mitten in der Haupturlaubszeit bei anhaltender Hitzewelle.

Für das wichtigste dabei, die Sammlung der für den Wahlantritt erforderlichen, behördlich bestätigten **Unterstützungserklärungen (UE)** mit umfangreichen Vor- und Nacharbeiten standen praktisch nur 15 Werktage zur Verfügung plus einige Tage Postweg. In dieser extrem kurzen Zeitspanne konnten sowohl ein beträchtlicher Teil der Mitarbeiter als auch sicher viele Sympathisanten urlaubsbedingt nicht mitwirken. Trotzdem schafften wir bundesweit ziemlich genau **zweitausend** UE, die rechtzeitig an uns geschickt

oder persönlich übergeben wurden. Zusammen mit denen, die uns durch einen **beispiellosen Sabotageakt** vorenthalten wurden, hätten wir in den drei bevölkerungsstärksten Bundesländern Wien, Nieder- und Oberösterreich zur Wahl antreten können. Damit hätte die ÖXIT-Plattform von mehr als der Hälfte aller Österreicher und Österreicherinnen gewählt werden können.

Was wir aber in diesen Wochen erlebten, spottet jeder Beschreibung und stellte nicht nur einen fast täglichen Psychoterror dar, sondern gipfelte auch in dem strafbaren Tatbestand der Urkundenunterdrückung, sodaß die in den Landeswahlbehörden von Wien, Nieder- und Oberösterreich eingereichten Wahlvorschläge der „ÖXIT-Plattform“ nicht anerkannt wurden und wir somit am 29. September nicht am Stimmzettel stehen und gewählt werden können. Was waren die Gründe?

1. Die behördliche Handhabung.

Am Beispiel **Wien**. Hier wurde uns bei der Unterschriftenarbeit vor einem Wiener Bezirksamt am vor-

letzten Tag vor Fristablauf bereits am Vormittag mitgeteilt, daß in Wien bereits **545 UE** für ÖXIT „**im System registriert und verdatet**“ seien, wir also die gesetzlich geforderte Zahl von **500** bereits deutlich überschritten haben. Dennoch sammelten wir an diesem Tag noch weiter, sodaß weitere rund 30 Bürger in diesem Amt eine UE unterzeichneten. An diesem Tag befanden sich 52 vom Bezirksamt bestätigte UE auf dem Fahrersitz im versperrten Kundgebungsauto, das nur wenige Augenblicke zum Ein- und Ausräumen von Utensilien kurz offen war. Dies muß jemand beobachtet haben, der uns schon eine Zeit lang auffiel und offenbar diese UE „entwendete“, die nie mehr aufgefunden werden konnten. Eine Diebstahlanzeige (polizeilicher Fachausdruck „Urkundenunterdrückung“) wurde erstattet. Da daneben liegende Handtaschen unberührt blieben, muß von einem **politischen Hintergrund** ausgegangen werden.

Aber noch gravierender ist die Tatsache, daß die Landeswahlbehörde Wien aufgrund der vor zwei Zeugen getätigten Aussage des zuständigen Abteilungsleiters in einem Bezirks-

DVD „EU und Migration“	Seite 3
Kritisches zur „Klimareligion“	Seite 4-5
Gedanken zum Umweltschutz	Seite 6
Unsere Arbeitsgrundsätze	Seite 7
5-G-Mobilnetz: Demo am 21.9. und Info-Vortrag am 3.10.	Rückseite

Österreichische Post AG / SP19Z041742S
Initiative Heimat & Umwelt, Hageng. 5, 3424 Zeiselmauer

amt genau weiß und auch dokumentiert vorliegen hat, daß für die ÖXIT-Plattform weit mehr als die geforderten 500 UE amtlich unterzeichnet wurden, nämlich insgesamt rund **630 (!)**. Trotzdem wurde der am 2.8. von uns eingereichte Landeswahlvorschlag nicht anerkannt.

2. Eine unfaßbare Sabotage.

Die im Juni von Inge Rauscher und der „Initiative Heimat & Umwelt“ gegründete ÖXIT-Plattform wurde nach anfänglicher Skepsis vom „**Neutralen Freien Österreich**“ **NFÖ** unterstützt, mit dem wir ja wenige Monate davor die nur knapp verpaßte Kandidatur der Liste EU-NEIN bei den Europawahlen betrieben hatten. Dann gab auch die **EU-Austrittspartei EU-AUS** über ihren Obmann Mag. Robert Marschall ihre Unterstützung bekannt, die bei der Europawahl noch eine Konkurrenz kandidatur zu EU-NEIN lanciert hatte, die allerdings die geforderte Unterschriftenzahl bei weitem verfehlte. Also wurde in einer gemeinsamen **Presseaussendung** bekanntgegeben, daß die ÖXIT-Plattform nunmehr aus IHU, NFÖ und EU-AUS besteht und wir gemeinsam am Wahlantritt arbeiten. In weiterer Folge stellte sich jedoch heraus, daß nur die NFÖ im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Plattform wirklich unterstützte; die Zusammenarbeit funktionierte wie schon bei der Europawahl sehr gut und reibungslos.

Mit **Mag. Marschall** allerdings erlebten wir nur fast permanente Querelen, die in der Rückschau besehen wie von vornherein geplante Störmanöver wirken. Nur drei Tage vor der gemeinsam beschlossenen Besprechung aller drei Organisationen in Bezug auf die Kandidatenlisten und andere nötige Klärungen ließ Hr. Marschall diese Besprechung „platzen“ und erklärte seinen Austritt aus der Plattform - ca. 8 Tage vor Fristablauf der UE-Sammelphase und stellte die bis dahin von ihm gesammelten UE für die **fristgerechte** Einreichung der Wahlvorschläge **nicht** zur Verfügung. Wir konnten also diese UE bei der Einreichung am 2.8. nicht vorlegen, obwohl sie von Bürgern für die ÖXIT-Plattform geleistet wurden.

Jedenfalls reichten die Zustellungsbevollmächtigten für Wien, Nieder- und Oberösterreich Landeswahlvor-

schläge samt Kandidatenlisten und UE ein und stellten gleichzeitig den **Antrag auf amtliche Erhebung** der Zahl der in den Bezirks- und Gemeindeämtern geleisteten UE und Geltendmachung der Gesamtanzahl derselben für die Gültigkeit der Landeswahlvorschläge. Diese Anträge wurden jedoch mit 8.8. **abgelehnt** und die Kandidatur nicht zugelassen. Verantwortlich dafür sind nicht die Beamten, sondern die Politiker, die von den Einreichern per Gesetz die physische Vorlage der UE verlangen, obwohl der Bürgerwille bereits durch die Unterzeichnung der UE vor den Behörden eindeutig nachgewiesen wurde und nur das sollte in einer Demokratie zählen!

Hr. Marschall hat dadurch bei beiden bundesweiten Wahlen im heurigen Jahr den Wahlantritt von EU-Gegnern verhindert. Es kann sich jeder vorstellen, wie sehr dies dem bestehenden pro-EU-Parteienkartell nützt.

Die Urkundenunterdrückung ist ein **strafbarer Tatbestand**. Deshalb wurde von der IHU über ihre rechtsanwaltliche Vertretung eine entspr. **Anzeige („Sachverhaltsdarstellung“)** gemäß **§ 229 StGB bei der Staatsanwaltschaft** eingebracht, in der es u.a. heißt:

„Bei den UE für die ÖXIT-Plattform handelt es sich um Urkunden, über welche Mag. Marschall **nicht alleine verfügungsbe-rechtigt** war.

.... Bei der ÖXIT-Plattform handelt es sich um eine **Rechtsgemeinschaft** für einen bestimmten Zweck, die vom Obersten Gerichtshof als *communio incidens* bezeichnet wird. Diese Rechtsgemeinschaft kann aufgrund einschlägiger Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes nicht einseitig aufgelöst und beendet werden, sondern ist auch im Fall des Austrittes eines Mitglieds das Einvernehmen mit allen herzustellen.

..... Aber auch die **Unterzeichner** der 300 unterdrückten UE **haben ein Recht darauf**, daß diese der ÖXIT-Plattform zugute kommen, damit diese als wahlwerbende Partei zum Zug kommt. Gemäß § 847 ABGB kann die bloße Teilung was immer für eines gemeinschaftlichen Gutes einem Dritten nicht zum Nachteil gereichen; alle ihm zustehenden Rechte werden nach wie vor der Teilung ausgeübt.“

Interessenten senden wir gerne auf Anfrage die gesamte Sachverhaltsdarstellung zu (6 Seiten).

In der Politik gibt es keine Zufälle!

Winston Churchill

Wir von der IHU haben jedenfalls alles daran gesetzt, diese Kandidatur zu schaffen. Eine solche Chance wird auf Jahre hinaus nicht wiederkommen! Deshalb haben wir auch in einigen Tageszeitungen seitens der IHU immerhin **viertelseitige, mehrfarbige Inserate** in Auftrag gegeben zur Bewerbung der ÖXIT-Plattform (siehe Seite 3). In der „Kleinen Zeitung“ für Steiermark sowie Kärnten, in der Zeitung „Österreich“ für Nieder- und Oberösterreich sowie Burgenland, im o.ö. „Wochenblick“ und in den „Vorarlberger Nachrichten“. Damit wurde wenigstens auf diese Weise für viele Mitbürger erkennbar, daß es in Österreich eine Anti-EU-Bewegung **gibt**, was ja von den Medien seit Jahren redaktionell fast völlig verschwiegen wird. Diese und viele andere außergewöhnlichen Ausgaben für die Kandidatur wurden von einigen Mitarbeitern zu einem beträchtlichen Teil **privat vor-finanziert**. Bitte helfen Sie uns im Rahmen Ihrer Möglichkeiten, diese nun im Nachhinein abdecken zu können und auch die **aktuellen** Kosten zu schaffen. Vielen Dank dafür im voraus!

Ein großes DANKE-SCHÖN an alle, die die ÖXIT-Plattform schon bisher finanziell unterstützt haben und alle, die dabei auch aktiv mitgearbeitet haben - sei es bei den umfangreichen Versandarbeiten, den täglichen Info-Stand-Kundgebungen in mehreren Bundesländern, der Gesprächsarbeit unmittelbar vor den Unterschriftenämtern und zahlreichen anderen Arbeiten, die notwendig waren.

Die Chance für EU-Gegner:



*Für Heimat & Umwelt,
Neutralität und Direkte Demokratie*

**Spätestens bis 26. Juli
UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG**

**für Nationalrats-Wahlantritt
im Hauptwohnsitz-Gemeindeamt
unterschreiben - am besten gleich morgen!**

*Formular und Info-Blatt aus dem Internet
herunterladen oder telefonisch anfordern
unter 0664/58 18 307*

www.oexitplattform.at

<https://oexitplattform.at/fb.html>



*Das war das in fünf Printmedien
im redaktionellen Teil
platzierte Inserat.*

Zur mitgeschickten DVD „EU und Migration“

Die von unserem Versandteam beige packte DVD ist die Live-Wiedergabe eines Vortrags- und Diskussionsabends, aus dem anhand zahlreicher belegter Fakten und Zahlen in eindringlicher Weise vor allem zwei Tatsachen hervorgingen, die von Politik und Medien unter den Teppich gekehrt werden:

1. Die Masseneinwanderung geht sowohl vor dem Jahr 2015 als auch danach und auch heute noch ungehindert vonstatten.

2. Sie hängt stark mit der EU zusammen und wird von dieser auch weiter bewußt betrieben und gewollt. Da viele WEGWARTE-Empfänger aus räumlichen und zeitlichen Gründen diesen eindrucksvollen Vortrag vom 23.7. in Linz nicht miterleben konnten, können Sie dies jetzt mithilfe der DVD nachholen. Wer kein Abspielgerät (PC oder DVD-Player) besitzt, bitte an Familienmitglieder/Freunde/Bekanntere weitergeben.

Da Sie diese DVD nicht bestellt haben, besteht dafür auch keinerlei Zahlungsverpflichtung (wie bei der WEGWARTE selbst ja auch nicht). Wir bitten Sie aber für die zeitintensive Produktion inkl. Porto für die DVD um einen **freiwilligen Kostenbeitrag** von € 9,80 per beiliegendem Zahlschein bzw. Überweisung und danken im voraus dafür!

Die ÖXIT-Plattform wird weiter bestehen, vorerst nunmehr nur außerparlamentarisch wie IHU und NFÖ auch. Interessenten an einer Mitarbeit daran sind herzlich eingeladen, sich bei uns zu melden. Beide Webseiten jazumoexit.at und oexitplattform.at werden ebenfalls weiter betrieben.

Wahlkampfthema Direkte Demokratie: Und schon wieder eine Mogelpackung!

Hatte die FPÖ ihre „absolute Koalitionsbedingung“ schon während der Regierungsverhandlungen mit der ÖVP im Herbst 2017 fallen gelassen, wird das Thema jetzt wieder - **vor der Wahl** - in die Schlacht geworfen. Jetzt übernimmt man gleich von vornherein die Forderungen von Kurz und erklärt sich einverstanden mit der für normale Bürger praktisch unerreichbaren Hürde von **600.000** Unterschriften (statt 100.000 wie in der Schweiz)

zur Herbeiführung einer Volksabstimmung. Also muß davon ausgegangen werden, daß die FPÖ auch den anderen Bedingungen von Kurz in diesem Bereich nachgeben wird: die massive **Themeneinschränkung** für Volksabstimmungen, die vom Volk herbeigeführt werden können und die gemäß Kurz (und jetzt offenbar auch der FPÖ im vorausseilenden Gehorsam) alle mit der EU zusammenhängenden Fragen sowie auch den EU-Austritt als sol-

chen ausklammern, de facto also verbieten sollen. Und die Installation eines Quorums, also einer **Mindeststimmeteiligung** von einem Drittel der Stimmberechtigten für das jeweilige Anliegen. Bei knappen Ergebnissen würde dies eine Mindeststimmeteiligung von 66 % bedeuten, die selbst in der Schweiz nur ganz selten erreicht wird. Damit wäre die Zwentendorf-Abstimmung ungültig gewesen (Stimmeteiligung 64 %).

www.heimat-und-umwelt.at

Kritisches zur „Klimareligion“

Vor wenigen Wochen wurde im rot regierten Kärnten ein massiver Ausbau des **Klagenfurter Flughafens** beschlossen, dessen Mehrheitseigentümer ebenso wie beim **Flughafen Schwechat** längst privatisiert und z.T. in Übersee-Hand sind. Voriges Jahr wurde insbesondere vom damaligen Verkehrsminister Norbert Hofer der höchstgerichtliche „Sieg“ über alle Einsprüche von Umweltschützern gegen den Bau der 3. Piste beim Flughafen Schwechat gefeiert.

Die Führer der Welt und ihre Vasallen aus einer heute weitgehend gekauften „Wissenschaft“ fliegen zu hunderten und zigtausenden zu internationalen Konferenzen über den sogenannten „Klimawandel“. Insgesamt hat der **Flugverkehr** in den letzten Jahren **dramatisch zugenommen** und nimmt weiter zu. Das gleiche gilt für die **Verbauung und Zubetonierung von Grün- und Ackerland**, das dadurch immer weniger wird. Nicht nur innerhalb Österreichs werden weiter munter drauflos **Autobahnprojekte** betrieben wie der Lobautunnel oder die Waldviertel-Autobahn; bei bestehenden Autobahnen werden weitere Spuren dazugebaut, um das Verkehrsaufkommen weiter steigen zu lassen nach dem Motto „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten“.

Regierungspolitiker samt „grünem“ Bundespräsidenten unterschrieben bereits 2018 einen Vorvertrag für die Beteiligung Österreichs am gigantischen sogenannten **„Seidenstraßen“-Bahnprojekt Chinas**, mit dem der Handel ausgerechnet mit dem rund **neuntausend Kilometer** entfernten China weiter intensiviert werden soll - als ob wir nicht ohnehin schon fast die gesamten Textilien, Schuhe, Elektronikgeräte u.v.m. bis hin zu Lebensmitteln (zB die „Körndl“ auf den Spezialbrotchen) aus China und anderen Fernostländern beziehen und damit unsere eigenen Betriebe in den Ruin treiben. Der Großteil aller in Europa getragenen **Jeans** - das Hauptkleidungsstück unserer Zeit für Mann und Frau gleichermaßen - wird unter extrem ausbeuterischen und umweltschädlichen Bedingungen in China, Bangladesch und der Türkei hergestellt. Für die Regierungszustimmung

zum „Seidenstraßenprojekt“ gab es keinerlei demokratische Legitimation - weder im Parlament und schon gar nicht durch eine Volksbefragung. Einer der **Endpunkte** der Seidenstraße, die eine Art Eroberung Europas durch das kommunistische und diktatorische Einparteiereich China mit den Mitteln der Handelspolitik darstellt, soll im Raum östlich von Wien gebaut werden. Dort soll ein **kilometerlanger Terminal** zum Aus- und Umladen gigantischer Warenmengen für den Weitertransport auf Zubringerstraßen quer durch Österreich und in die angrenzenden Staaten entstehen.

Gleichzeitig darf Österreich auf Befehl von USA und EU seit Jahren kaum Handel mit der (vergleichsweise) **nur tausend Kilometer** entfernten russischen Föderation betreiben, obwohl die Rückgliederung der Krim in die russische Föderation keine Annexion darstellte - wie propagandistisch behauptet, sondern eine Sezession (von der Ukraine), die völlig Völkerrechtskonform durchgeführt wurde. Dies wurde in ausführlichen Gutachten von Kennern der Materie unabhängig voneinander dargelegt, nämlich vom deutschen Staatsrechtslehrer Univ.Prof. Dr. Karl Albrecht **Schachtschneider** und der Wiener Experte für Menschen-, Nationalitäten- und Volksgruppenrechte, RA. Dr. Eva Maria **Barki**.

Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben: Das dzt. nach Jahren wieder mal geheimer Verhandlungen der EU mit den großen südamerikanischen Ländern in die Öffentlichkeit gelangte Freihandelsabkommen **MERCOSUR** wird von einer Parlamentsmehrheit auch in Österreich - **nach der Wahl** - genauso unterschrieben werden wie alle anderen EU-Freihandelsabkommen davor, von CETA bis JEFTA etc. Alle diese Staatsverträge werden eine enorme Zunahme des Warenverkehrs über riesige Entfernungen hinweg zur Folge haben. Aber die gleichen Kräfte, die dies alles vorantreiben, wollen **den Bürgern verordnen**, daß diese **beim CO₂ „sparen“** sollen! Und damit sind wir bei den aus unserer Sicht zumindest zwei Hauptgründen für die von so gut wie allen Medien auf breitester Front seit Monaten weltweit betriebenen Klimakampagne:

Die EU will endlich eine EU-weite Steuer durchsetzen.

Das wäre der folgenschwerste Schritt zur Auflösung der Nationalstaaten, dem eigentlichen Ziel der sogenannten „europäischen Einigung“ von ihren Anfängen an, die entgegen vieler Behauptungen bereits in den 20-er Jahren des letzten Jahrhunderts formuliert wurden und nicht erst seit 1945. Mit der CO₂-Steuer, für deren Durchsetzung man sogar den „Weltuntergang“ (O-Ton des EU-Fanatikers Van der Bellen) strapazieren muß, will die EU-Zentrale ihre Machtstellung finanziell endlich auf eine „gesicherte Grundlage“ stellen. Dafür braucht sie eine **Massensteuer**, die die über 513 Millionen „EU-Bürger“ auch **gerne** zahlen sollen, da ihnen suggeriert wird, daß sie damit „die Welt bzw. das Klima retten würden“.

Das wäre der erste Schritt (dem weitere folgen werden), auch die Steuerhoheit der (Mitglied-)Staaten zu Fall zu bringen.

Die Instrumentalisierung der Jugend für Propagandazwecke.

Das war immer schon ein Mittel der Politik und wurde insbesondere zur Errichtung kommunistischer Diktaturen eingesetzt. Auch bei der sogenannten „Kulturrevolution“ durch MAO in China, dessen brutalem Herrschaftssystem 70 Millionen Chinesen auf grausame Weise zum Opfer fielen, spielte das **Aufwiegeln der Kinder gegen die Eltern** eine große Rolle und man kann davon ausgehen, daß die Planer, Strategen und Finanziere der „Fridays for Future“-Kampagne nicht zufällig ausgerechnet Kinder dafür einspannen. Die diktatorischen Züge sind unverkennbar; Andersdenkende werden bereits als **„Klimawandelleugner“** und noch Ärgeres diffamiert. Und da sollten bei allen, die eine freie Gesellschaft wollen, die Alarmglocken läuten!

Denn wohin solche Methoden führen können und bereits geführt haben, beschreiben Jon Halliday und Jung Chang in ihrem umfangreichen Buch „MAO - das Leben eines Mannes. Das Schicksal eines Volkes.“ Darin wird u.a. folgende Aus-

sage von MAO gegenüber dem rumänischen kommunistischen Diktator Ceausescu berichtet: „10 % der Partei oder der Stadt sind Verräter und müssen **getötet** werden.“ Die Folge war, daß jeder jeden beschuldigte. Zigtausende Intellektuelle in diesem unmenschlichen System begingen Selbstmord wegen der unerträglichen geistigen Knebelung. Bei der Klimakampagne und ähnlichen von „oben“ inszenierten Beeinflussungsfeldzügen kann man nur sagen: **Wehret den Anfängen!**

Und wenn schon unbedingt Kinder erhalten müssen, dann sollten auch andere **weltweit gehört** werden, die ganz andere Schlüsse wie folgt ziehen:

Trügt der Schein oder der Mensch?

Jeder kennt den Klimawandel und was darüber gesagt wird, aber laut einer neuen Studie sind 55% der Klimaforscher gegen die These der „vom Mensch gemachten Klimaerwärmung“! Und 400 dieser Wissenschaftler, die auf dem Klimaschutzforum der UNO vertreten waren, haben einen offenen Brief gegen diese These unterzeichnet und an den derzeitigen Generalsekretär gesandt. Das zeigt, daß der Klimawandel, so wie er gelehrt wird und wie viele ihn verstehen, noch lange nicht bewiesen ist! Denn meiner Meinung nach wird die Hypothese der vom Mensch gemachten globalen Erwärmung als **Schreckens- und Kontrollmittel** für den „Normalbürger“ genutzt. Dadurch wird die Verantwortung, die in diesem Falle eigentlich den Unternehmen zugeordnet werden müßte, auf den normalen Bürger übertragen, welcher diese Verantwortung auf lange Sicht unmöglich tragen kann. Wir werden alle kontrolliert, indem diese Hypothese immer wieder wiederholt wird, damit wir sie als Fakt ansehen und die Klimapolitik ohne große Opposition durchgeführt werden kann.

Durch die geplante **globale CO₂ Steuer** oder auch Klimasteuer genannt, muß der Normalbürger für die Maßnahmen gegen den Klimawandel, die wahrscheinlich nicht viel nützen werden, zahlen. Alle „Führer“ der wichtigsten Nationen haben diese Steuer schon vorge schlagen und wollen sie durchsetzen. Diese würde den schon auf äü-

ßerste strapazierten Bürger noch mehr einengen und das Leben des Durchschnittsbürgers um einiges erschweren.

Des Weiteren denke ich, konträr der öffentlichen und weit verbreiteten Meinung, daß es zahlreiche Fakten und Beweise gegen den „von Menschen gemachten Klimawandel“ gibt. So ist es ein Fakt, daß das globale CO₂-Volumen temperaturabhängig ist, und nicht die Temperatur CO₂-abhängig. Dies wurde bereits durch öffentliche Graphiken veranschaulicht und bewiesen. Oft werden die CO₂-Messungen nur in geringen Höhen ausgeführt, das bedeutet, daß nur die Luftebenen, auf die wir direkten Einfluß haben, gemessen werden. Beispielsweise, als kurz nach dem 09.11.2001 CO₂ Messungen durchgeführt wurden, wurde ein sehr viel niedrigeres CO₂ Volumen gemessen als sonst. Was auf das Flugverbot, welches die Luft abkühlte, zurückzuführen ist.

Auch bin ich der Überzeugung, daß die Sonne den größten Einfluß auf globale Erwärmung hat, denn laut einer Untersuchung des Max-Planck Instituts hat die Sonne ihren Höhepunkt von 800 vergangenen Jahren erreicht. Das bedeutet, daß die Sonne die stärkste Kosmische Strahlung, Gamma-Strahlung, Plasma-Strahlung etc. von sich gibt, die die Erde bisher erlebt hat. Was wiederum dazu führt, daß die Temperatur auf der Erde natürlich steigt. Man kann das auch schön an einem Beispiel sehen, denn als sich die kleine Eiszeit vor einiger Zeit ereignete, war die Sonnenaktivität sehr niedrig.

Allerdings möchte ich euch nicht einen Grund geben, verschwenderisch zu werden oder nicht auf die Umwelt zu achten! Sondern ich möchte euch ermutigen, nicht nur das Beste für euch selbst zu tun, sondern auch auf andere zu achten. Und nicht immer alles zu glauben, nur weil es die allgemeine Meinung ist, oder weil der Fernseher es sagt. Ich fordere euch auf, euch mit aktuellen Themen, die euch beeinflussen, zu befassen und eigenständig Nachforschungen anzustellen.

David Muertter, Klasse 9b

In welcher Zeitung oder Fernsehstation haben Sie **davon** gelesen oder gehört?!

Was wirklich nötig wäre:

Wiederaufbau des Humusgehalts im Boden!

Davon hört man sehr wenig, aber das hätte konkrete Auswirkungen und würde der Trockenheit und Hitze entgegenwirken. Der **Ton-Humus-Komplex** im Boden ist sowohl für die Fruchtbarkeit (Ernteerträge) als auch für die enorme **Speicherfähigkeit** anstatt Freisetzung von Treibhausgasen und einen funktionierenden **Wasserhaushalt** enorm wichtig. Er wird aber seit Jahrzehnten durch die Masse der heutigen Landwirtschaftsbetriebe immer mehr abgebaut durch Einsatz von schweren Maschinen, die das Bodenleben zerstören, und durch die Flach- statt Dämmkultur, die verhindert, daß der Wind widerstandslos über die Erde fegt und ihr die Feuchtigkeit entzieht.

Aber die Landwirtschaft wird durch die Politik des **weltweiten, ungezügelten Freihandels** („Liberalisierung“ im Interesse des Großkapitals) und der **multinationalen Handelsketten** mit ihrer für die Bauern ruinösen Preispolitik inkl. Sonderangeboten für Lebensmittel auf dem Rücken der Bauern zur industriellen Bewirtschaftung förmlich gezwungen. Das gilt auch für die Tierhalter. Der Anteil an **biologisch bewirtschafteten Flächen** in Österreich beträgt unter einem Viertel, in den meisten anderen Staaten noch wesentlich weniger. Die EU-Freihandelsabkommen wurden und werden aber von der Politik trotz Widerstand der Bürger (siehe Volksbegehren gegen TTIP/CETA/TiSA) „durchgezogen“. Und genau diese Bürger sollen jetzt für eine CO₂-Steuer zahlen, die an den Wurzeln des Problems überhaupt nichts ändern wird?!

Ohne die **Wiedereinführung einer Marktordnung**, die den jeweiligen örtlichen, topographischen Verhältnissen und von der Naturlandschaft vorgegebenen Gegebenheiten - gerade in einem Alpenland wie Österreich - entspricht, können obige Notwendigkeiten nicht Wirklichkeit werden. Davon sind wir weit entfernt und auch das ist ein Grund, am ÖXIT, dem Austritt Österreichs aus der EU, weiterzuarbeiten.

Umweltschutz sollte mehr als ein Schlagwort sein, das auch oft mißbraucht wird.

Gedanken zum Umweltschutz

Beim Bezahlen an der Kasse im Supermarkt schlägt die Kassiererin der etwas langsam hantierenden und etwas umständlich bezahlenden alten Dame sehr barsch vor, sie möge doch beim nächsten Einkauf ihre Einkaufstasche mitbringen, denn Plastiktüten seien sehr schlecht für die Umwelt. Die alte Dame entschuldigte sich begütigend und verlegen lächelnd: „Da haben Sie Recht, doch leider war ich in Eile und habe meine Einkaufstasche entgegen meiner Gewohnheit zu Hause vergessen“. Die junge Kassiererin erwiderte:

„Ja wissen sie, unser Problem im Land ist, daß Ihre Generation sich keine Gedanken darüber gemacht hat, in welchem schlechtem Zustand sie die Umwelt uns und den zukünftigen Generationen hinterläßt. Umweltschutz ist sichtlich ein Fremdwort für Sie“.

Die alte Dame antwortete, immer noch lächelnd, jedoch mit fester Stimme: „Das stimmt. Unsere Generation kannte keinen Umweltschutz – war auch gar nicht nötig, denn schon in der Volksschule wurde uns in einem Unterrichtsfach, daß es seit Jahrzehnten nicht mehr gibt - es hieß „Heimatkunde“ - die tiefe Liebe zum Land in das Herz gepflanzt, was natürlich die Pflege und den Schutz der heimatischen Umwelt mit einschloß. Es wurde uns Kindern die große Schönheit der Heimat mit Wanderausflügen in die nähere und weitere Umgebung gezeigt, wir mußten alle Namen der umliegenden, auch kleinsten Bächlein, die alten, oft so seltsamen Flurnamen auswendig lernen und wir lernten die Urgeschichte der Vorfahren auf bunten Bildtafeln kennen, wie sie das Land rodeten, bebauten, in Jahrhunderten fruchtbar machten, wir lernten wirklich unser Land lieben und schätzen. Ja, unsere Generation **kannte keinen Umweltschutz**, wir brauchten auch keine politische Partei dafür, wir machten dies einfach und zwar so:

Die Sprudel- und Bierflaschen z.B., gaben wir an den Laden zurück, in dem wir sie gekauft hatten. Von dort gingen sie an den Hersteller, der die Flaschen wusch, sterilisierte und auffüllte, so daß jede Flasche unzählige Male benutzt wurde. Die Milch holten wir beim Milchhändler in unserer eigenen Milchkanne ab. **Aber den Umweltschutz kannten wir nicht.**

Für unsere Gemüseeinkäufe benutz-

ten wir Einkaufsnetze, für den Restein-kauf unsere Einkaufstaschen. Vergaßen wir diese, so wie ich heute, so packte uns der Händler den Einkauf nicht in Plastiktaschen, sondern in braune Papiertüten, die wir zu Hause für viele Zwecke weiter verwendeten, z.B. zum Einpacken der Schulbücher, die uns von der Schule unter der Auflage, daß wir sie gut behandeln, kostenlos zur Verfügung gestellt wurden. Nach Beendigung des Schuljahres wurden sie wieder eingesammelt und in gutem Zustand an den nachfolgenden Jahrgang weiter gereicht. **Aber den Umweltschutz kannten wir nicht.**

Wir stiegen Treppen hoch, denn Aufzüge oder Rolltreppen gab es nicht so wie heute in jedem Kaufhaus oder Bürogebäude. Wir Jungen waren durchgehend gesund, hatten als Kinder keine Kreislauf- und Herzprobleme, wir machten auch noch Schulsport, rannten noch selbst die Hänge im Winter hinauf, um wieder herunterzurasen, zehn, nein zwanzigmal. Wir rauchten auch nicht bereits als 13jährige wie die Schlote und warfen den Rest der Zigarette oder des Kaugummi einfach auf die Plätze und Wege. Wir gingen auch als junge Mütter zu Fuß die paar Schritte zum nächsten Lebensmittelgeschäft, das damals um jede Ecke zu finden war und benutzten dazu keinen 300 PS starken Geländewagen. Sie haben aber Recht: **den Umweltschutz kannten wir nicht.**

Damals wuschen wir sehr mühsam, gebe ich zu, die Babywindeln, die heute tausende Tonnen an Müll verursachen, weil es keine Einwegwindeln gab. Wir trockneten die Wäsche nicht in einem Strom fressenden Trockner, sondern mit Wind- und Solarenergie auf der Wäscheleine aus Hanf. Die Kleidung der älteren Kinder ging stets an die jüngeren Geschwister, denn immer neue Kinderkleidung konnten wir uns nicht leisten. Wir waren alle nicht reich, eher arm, waren aber zufrieden und glücklich. Wir waren als Kinder und auch als Erwachsene also nicht „up to date“ gekleidet, wie es heute in dem so schönen „deutsch“ heißt. Aber, Sie haben Recht: **den Umweltschutz kannten wir nicht.**

Im Haus hatten wir ein einziges Radio und später einen kleinen Fernseher mit einem Bildschirm in Taschentuchgröße. In der Küche gab

es keine elektrischen Maschinen. Alles wurde von Hand geschnitten, geraspelt, geschält. Als Polstermaterial für Päckchen oder Pakete benutzten wir alte Zeitungen, kein Styropor, ein Ölprodukt, oder Plastikblasen. Der Rasen wurde mit der Hand gemäht, die Sense machte jedes Wochenende in der gesamten Siedlung keinen Krach und keinen Gestank vor jedem Haus. Das war unser Fitneßtraining, weshalb wir keine Fitneßstudios mit elektrischen Laufbändern und anderem, Energie fressendem Unsinn benötigten. Aber, Sie haben Recht: **den Umweltschutz kannten wir nicht.**

Das Wasser tranken wir aus der Leitung im Vorhaus und benötigten dazu keine Plastikflasche oder Plastikflasche. Unsere leeren Schreibfüller wurden wieder mit Tinte gefüllt, anstatt neue zu kaufen. Papier wurde beidseitig beschrieben. Stumpfe Rasierklingen des Vaters wurden ersetzt, und nicht gleich ein neuer Rasierapparat gekauft. Damals fuhren meine Kinder mit dem Bus, der Straßenbahn, dem Fahrrad oder gingen zu Fuß zur Schule. Einen 24-stündigen Taxiservice für meine Kinder mit einem 50.000 € teurem Auto gab es nicht. Aber: **den Umweltschutz kannten wir nicht.**

In jedem Zimmer gab es eine Steckdose und keine Steckdosenleisten für unzählige Stromfresser, und wir benötigten auch kein von einem 35.000 Kilometer entfernten Satelliten gesteuertes System, um die nächste McDonalds-Bude, die größte aller heutigen Dreckschleudern, zu finden – diese uns total krank machenden Freßeinrichtungen an jeder Ecke gab es in meiner Jugend gar nicht. Jedoch: **den Umweltschutz kannten wir nicht.**

Aber bedenken Sie, junge Frau: Ist es nicht traurig, wenn die junge Generation sich darüber beklagt, wie verschwenderisch wir Alten gelebt haben, nur weil wir keinen Umweltschutz kannten? Glauben Sie wirklich, wir Alten benötigen eine Belehrung? Und noch dazu von einer jungen Frau, die mir nicht einmal das Wechselgeld heraus geben kann, ohne die elektronische Kasse zu befragen?

Einen schönen Tag noch für Sie – **und vergessen Sie den Umweltschutz nicht!**

Unsere langjährigen Arbeitsgrundsätze:

1. Spendenverwendung / nicht für Verwaltungskosten:

Im Gegensatz zu vielen anderen gemeinnützigen Organisationen werden Kostenbeiträge und Spenden für die „Initiative Heimat & Umwelt“ seit vielen Jahren **nur** für Druck- und Portokosten der WEGWARTE, für Großauflagen von Infoblättern, für Transparente und Plakate, Broschüren und Produktions- und Versandkosten von DVD's verwendet sowie für Veranstaltungskosten wie Saalmieten usw. Sämtliche Verwaltungskosten wie insbesondere die gesamten Kosten für den laufenden Bürobetrieb (Telefon, Computer/Internet, Heizung, Strom, Versicherungen etc.) und Lagerräume werden **nicht** aus Spenden finanziert, sondern von den wichtigsten Aktivisten privat getragen. Diese verwenden dafür auch ihre privaten Wohnräume, sodaß die IHU dafür keine Miete bezahlen muß. Auch fast die gesamten Fahrt- und Aufenthaltskosten für die vielen Außeneinsätze in fast allen Bundesländern werden **nicht** aus Spenden finanziert, sondern von den Aktivisten privat geleistet.

2. So wenig Bürokratie wie möglich:

Die formalen Notwendigkeiten unserer Tätigkeit standen nie im Vordergrund, sondern **alle Mitbürger**, die unsere inhaltlichen Ziele auf verschiedenste Weise mittragen und unterstützen, egal aus welchem politischen „Lager“ sie kommen. Und das soll auch weiter so bleiben. Denen und unserem gesamten angestammten Volk wie auch den Tieren und Pflanzen unserer Heimat, von denen wir alle viel abhängiger sind als viele wahrhaben wollen, fühlen wir uns verbunden und für die wollen wir auch weiterarbeiten. Immer wieder kontaktieren und beraten wir uns auch mit den leider viel zu wenigen unabhängigen Experten, die sich nicht „kaufen“ ließen.

Die IHU hatte von Anfang an ein **Programm**, dem wir immer treu geblieben sind. Dessen Grundsätze haben wir bei der Gründungs-



Inge Rauscher,
Obfrau der
„Initiative Heimat & Umwelt“

versammlung in Steyr im Mai 1988 wie folgt kurz zusammengefaßt:

.....
Für Wald, Wasser und Boden - für sinnvolle Arbeit und gerechten Ertrag - für die Familie und Selbstverantwortung in der Gemeinschaft - für das Recht auf Heimat aller Völker und Kulturen - für das Leben in seiner Gesamtheit: Stop dem Artensterben in der Natur, der Verwendung von Tieren in Versuchslabors, der Tötung von Kindern im Mutterleib!

Wir waren bereits Jahre vor der Beitritts-Abstimmung von 1994 gegen die EU-Mitgliedschaft Österreichs, da uns schon damals klar war, daß diese sowohl die „Umwelt“ als auch die „Heimat“ sukzessive zerstören wird. Deshalb wird das Ziel des EU-Austritts weiter der wichtigste Schwerpunkt unserer Arbeit bleiben.

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 30 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Eintritt: freie Spende

INITIATIVE
Heimat & Umwelt



Einladung zum öffentlichen
Vortrags- und Diskussionsabend

Warum das 5G-Mobilfunknetz unsere geistige Freiheit bedrohen wird.

am **Donnerstag, 3. Oktober**, um **19 Uhr**
in **WIEN** im **19. Bezirk in Grinzing**
im **Heurigen-Restaurant „Berger“**, **Himmelstrasse 19**
Nähe Endstation Linie 38 oder Bus 38A

Es spricht:

Steven Whybrow
investigativer Journalist aus Wien

Moderation:

Inge RAUSCHER, Obfrau der IHU
Imbißmöglichkeit vor Beginn der Veranstaltung

Seit März diesen Jahres ist der Ausbau des 5G Mobilfunknetzes in Österreich voll im Gange. Gleichzeitig wächst auch das Engagement, den Ausbau von 5G zu stoppen und umfassend über das Thema aufzuklären. Bei der Einführung von 5G handelt es sich nämlich um den entscheidenden Schritt in eine vollständig digitalisierte Realität, der alle erdenklichen Bereiche des Lebens grundlegend beeinflussen wird. 5G ist der Schlüssel zur digitalen Welt, aber mit welchen Konsequenzen für Mensch, Natur und alle anderen Lebewesen auf diesem Planeten?

Der im letzten Jahr veröffentlichte und von zahlreichen Wissenschaftlern, Ärzten und Umweltschutzorganisationen unterschriebene internationale Appell „Stopp 5G auf der Erde und im Weltraum“ dokumentiert die schädlichen biologischen Auswirkungen von elektromagnetischer Strahlung und bezeichnet den geplanten Aus-

bau von 5G als ein „Experiment an der Menschheit und der Umwelt“. Deshalb wird der Roll-Out von 5G in immer mehr Regionen weltweit gestoppt, bevor nicht die Sicherheit dieser Technologie gewährleistet ist. Denn die erschütternde Tatsache bei 5G ist: Die Technologie wurde niemals auf Sicherheit getestet.

Bei einer derart enormen Entwicklung wie der Digitalisierung, die alle Lebensbereiche des Menschen grundlegend verändern wird, muß das Mitspracherecht aller Menschen eingefordert werden, denn einen jeden wird diese Infrastruktur betreffen. Grundlegende Aufklärung ist unbedingt notwendig anstatt blind dem sogenannten technologischen Fortschrittsgedanken zu vertrauen.

Steven Whybrow, Übersetzer der deutschen Version des Internationalen Appells „Stopp 5G auf der Erde und im Weltraum“.

5G-DEMONSTRATION „Experiment Nein Danke!“

am **Samstag, 21. September, 11-19 Uhr**

in **WIEN** am Platz der Menschenrechte (am unteren Ende der Mariahilferstraße)
Vorträge von Denkern, Wissenschaftlern, Technikern und Umwelt-Technikern -
musikalische Einlagen